

# "Willkommen im Erzgebirge"

am 05. Februar 2013 beschlossen vom Vorstand des Kreisverbandes

Der Kreisverband Erzgebirge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für eine neue Willkommenskultur im Landkreis ein. Wir sagen "Willkommen im Erzgebirge" zu den Flüchtlingen in Schneeberg, ebenso wie zu den Heimat-Rückkehrern und neuen Fachkräften, die unsere Region dringend braucht.

Dieser Einsatz für Weltoffenheit und ein Willkommen gegenüber Migranten ist nicht wirtschaftlich motiviert, aber wirtschaftlich sinnvoll, weil wir auf die Zuwanderung von Menschen angewiesen sind. Schon heute arbeiten im Erzgebirge beispielsweise eine ganze Reihe von Ärzten und Pflegekräften aus Tschechien oder Polen. Sie helfen dabei, den Ärzte- und Pflegemangel auf dem Land zu mildern. Dennoch gibt es immer wieder Vorbehalte, rechtliche Unsicherheiten und Berührungsängste gegenüber der Einstellung und Ausbildung von Migranten.

## **1. Grundrecht auf Asyl vor Ort ernst nehmen – Auch Jesus suchte Asyl**

Der Freistaat Sachsen und damit auch der Erzgebirgskreis sind in den kommenden Jahren verstärkt Anlaufpunkt für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und Tschetschenien, die für sich und ihre Kinder um Leib und Leben fürchten und häufig eine risiko- und entbehrungsreiche Flucht hinter sich haben. Gerade für eine Region, die für sich in Anspruch nimmt, *das* Weihnachtsland zu sein, muss es eine Selbstverständlichkeit sein, jene Menschen aufzunehmen, willkommen zu heißen und ihnen ein faires Asylverfahren zu ermöglichen: Auch Jesus suchte Asyl.

Der Versuch der Neonazis, mit ihren Protestmärschen die Flucht vor Krieg und Verfolgung vor Ort als Asylmissbrauch zu diskreditieren, stellt in obszöner Boshaftigkeit den Eigenwert der menschlichen Würde in Frage und muss entschieden auf den gemeinsamen Widerstand aller Demokraten stoßen. Deshalb setzen wir uns für ein professionelles und gut vernetztes überregionales Aktionsbündnis ein, das der

billigen Stimmungsmache der Neonazis wirkungsstark entgegentritt. Daran mitzuwirken ist die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger.

## **2. Mehr Engagement des Landkreises**

Zwar fällt die Asylpolitik in die Verantwortung des Freistaates, so dass der Landkreis hier nur begrenzte Einflussmöglichkeiten hat. Dennoch muss jener darauf hinwirken, in die Planung der Unterbringungen der Asylbewerber und Flüchtlinge vor Ort frühzeitig einbezogen zu werden. Dies gilt für die Standortauswahl der Asylbewerberheime, die Unterbringungsqualität als auch für die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung und den Abbau von Vorurteilen.

## **3. Dezentrale Unterbringung**

Die im Landkreis derzeit in Gemeinschaftsunterkünften wohnenden Asylbewerber mit Aufenthaltsrecht sollen künftig verstärkt in einzelnen Wohnungen untergebracht werden. Auch auf Initiative der Kreisräte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden im Kreistag die Grundlagen für die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern geschaffen.

Die Unterbringung in einer Wohnung ermöglicht Ausländern mit Aufenthaltsstatus eine einfachere Integration in die Gesellschaft als eine Heimunterkunft. Sie haben dadurch die Möglichkeit, sich vor Ort besser einzuleben und können an Selbstwertgefühl gewinnen. Die dezentrale Unterbringung bietet die Chance auf ein Mehr an Normalität und weniger Stigmatisierung, sowohl für Ausländer als auch deutsche Anwohner. Zugleich bietet sich dadurch die Chance, leerstehende Wohnungen der kommunalen Wohnungsgesellschaften sinnvoll zu nutzen und macht letztlich auch die Unterbringung kostengünstiger als in Heimen. Leider wurden diese Möglichkeiten in der Vergangenheit von der Verwaltung und den Wohnungsgesellschaften noch nicht umfassend genutzt. Der Übergang in dezentrale Wohnungen soll vom Landkreis über einen längeren Zeitraum mit Hilfestellungen begleitet werden. Dazu gehören Eingewöhnungen in das Alltagsleben der jeweiligen Kommune, die Erstkontaktierung von Ämtern und Behörden sowie Sprachkurse. Diesen Prozess politisch einzufordern und kritisch zu begleiten, setzen wir als GRÜNE uns weiterhin zum Ziel.

#### **4. Ausländerbeauftragter**

Der Erzgebirgskreis hat seit 2009 einen Integrations- und Ausländerbeauftragten, dessen Aufgabe es ist, das öffentliche Bewusstsein für Probleme der Migration zu sensibilisieren und die Interessen von Zugewanderten im Landkreis zu stärken. Zugleich ist es seine Aufgabe, Diskriminierungen von Ausländern in allen Bereichen der Gesellschaft zu verhindern und ihr vorzubeugen. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat diese Tätigkeit einen bedeutenden Stellenwert für die Schaffung einer Willkommenskultur im Landkreis. Seine Tätigkeit hilft beim Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber Ausländern.

Derzeit nimmt der Beauftragte diese umfangreiche Tätigkeit allein und rein ehrenamtlich wahr. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufgabe aufgewertet wird und vom Landkreis so mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird, dass die Möglichkeit besteht, eine Personalstelle für den Beauftragten zu schaffen. Dafür sprechen insbesondere die Herausforderungen der kommenden Jahre im Bereich Asyl und Migration. Auch die Diskussionen um die Erstaufnahmeeinrichtung in Schneeberg zeigt, dass Ausländer und Asylsuchende im Landkreis eine starke Stimme brauchen.

#### **5. Integrationskonzept des Netzwerkes Migration**

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreistag aktiv an der Verbesserung der Situation von Migranten im Landkreis mitarbeitet. Das „Netzwerk Migration“ im Erzgebirgskreis erarbeitet derzeit ein umfassendes Integrationskonzept. Mit diesem soll sich der Kreistag nach Fertigstellung befassen und zügig an der Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen arbeiten.

#### **6. Willkommen an die Rückkehrer und Fachkräfte**

Unter Willkommenskultur verstehen wir aber auch ein "Willkommen zurück" an all jene, deren Heimat das Erzgebirge ist, die es aber in den vergangenen Jahrzehnten verlassen haben. Seit einiger Zeit steigt die Anzahl der Rückkehrer wieder an. Die Vorteile der Region werden von immer mehr Fachkräften (wieder-)entdeckt. Diese Entwicklung gilt es zu verstärken und mit allen Mitteln für die Standortvorteile des Erzgebirges zu werben. Dazu muss die Wirtschaftsförderung vom Landkreis mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden.